

# Die Ratlosigkeit der EU-Freunde

## Schweiz-EU Wie weiter? Blochers Gegner haben ein Ziel, aber noch keine Strategie

VON STEFAN SCHMID

Das wichtigste politische Thema der Gegenwart - das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU - ist derzeit kaum Gegenstand öffentlicher Debatten. Der Grund: Mit Ausnahme der SVP hat keine Partei Lust, sich vor den Wahlen im Oktober die Finger an diesem Dossier zu verbrennen.

Dabei brennen die offenen Fragen unter den Nägeln: Wie weiter nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative, die unvereinbar ist mit der Personenfreizügigkeit? Soll die Schweiz doch noch dem EWR beitreten? Wie wichtig sind die Bilateralen? Bleibt am Ende nur der EU-Beitritt? Diesen Fragen war gestern am Institut für internationale Studien der Uni Genf ein hochkarätig besetztes Seminar gewidmet. Mit Pascal Couchepin, Micheline Calmy-Rey und Ruth Dreifuss liessen sich nicht weniger als drei ehemalige Bundesräte blicken. Die Gästeliste las sich wie ein Who's who der proeuropäischen schweizerischen Intelligenzia. Nebst Uni-Professoren nahmen mit Jean Zwahlen und Jean-Pierre Roth auch zwei ehemalige Direktoren der Nationalbank teil.

### Verzichtbare Bilaterale?

Die Rolle des Störenfrieds nahm François Schaller ein, Chefredaktor des welschen Wirtschaftsmagazins L'Agefi. Er provozierte die Proeuropäer, indem

er den Nutzen der bilateralen Verträge grundsätzlich infrage stellte. «Die Schweizer Wirtschaft könnte auch ohne diese Abkommen gute Leistungen erbringen», sagte Schwaller. Er blieb für seine These aber Beweise schuldig.

Schwaller's Standpunkt, der in der Deutschschweiz von Christoph Blocher und seinen Medien verbreitet wird, stiess auf heftigen Widerspruch. Die Runde war sich zumindest in diesem Punkt einig: Die Schweiz sei mehr denn je auf intakte Beziehungen zur EU angewiesen. Wie diese aber nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative gerettet oder gar verbessert werden könnten, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Christa Tobler, Professorin für Europarecht an der Uni Basel, plädiert für die Neuaufgabe des EWR. «Damit könnten wir einen Grossteil der institutionellen Fragen auf einen Schlag beseitigen.» Ihr Kollege Thomas Cottier von der Uni Bern wiederum hält wenig von diesem Ansatz: «Dieser Vertrag ist 20 Jahre alt. Wir müssen für die Zusammenarbeit neue Lösungen finden.» Cottier plädiert für ein Andocken am Efta-Gericht - eine Option, die der Bundesrat ausgeschlossen hat. Momentan steht für die Lösung von Streitfragen der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Vordergrund.

Auch der ehemalige Staatssekretär Jean-Daniel Gerber ist skeptisch: «Das

EWR-Nein war ein Riesenfehler. Doch wir können hier nicht einfach zurück.» Es werde eine neue Europa-Abstimmung brauchen. Das sei der einzige Ausweg nach dem 9. Februar. Entscheidet die Genferin nicht. Der emeritierte Verfassungsrechtler Andreas Auer schliesslich wirbt für die Rasa-Initiative. Diese will das Abstimmungsergebnis vom 9. Februar rückgängig machen. «Nur so kommt unser Land raus aus der Sackgasse», sagt Auer.

### «Es braucht eine grundsätzliche, politische Entscheidung. Mathematik und technische Formeln helfen da nicht mehr weiter.»

Yves Rossier Staatssekretär

dend sei nun, das Terrain für einen Abstimmungssieg vorzubereiten. Gerber glaubt, einen Bewusstseinswandel in der Bevölkerung festzustellen. Ein zweites Mal liessen sich die liberalen Kräfte nicht noch einmal erwischen.

Alt Bundesrat Pascal Couchepin (FDP) spricht von einer «chaotischen Zeit», in der sich die Schweiz derzeit befinde. Die Unsicherheit sei Gift für den Wirtschaftsstandort, die Diskussion um eine Neuaufgabe des EWR russisches Roulette. «Jetzt muss es darum gehen, die bilateralen Verträge zu retten.» Wie dies geschehen soll, liess der Walliser ebenso offen wie die ehemalige Aussenministerin Micheline Calmy-Rey. Aus ihrer Sicht ist der Zugang zum EU-Binnenmarkt prioritär. Um diesen zu sichern, brauche es einen «Integrations-schritt». Was das heisst, beantwort-

et die Genferin nicht. Der emeritierte Verfassungsrechtler Andreas Auer schliesslich wirbt für die Rasa-Initiative. Diese will das Abstimmungsergebnis vom 9. Februar rückgängig machen. «Nur so kommt unser Land raus aus der Sackgasse», sagt Auer.

Die Stellungnahmen zeigen: Die Proeuropäer haben kein einheitliches Konzept, wie die Beziehungen zur EU gekittet werden könnten. Einigkeit besteht zwar im Ziel, doch der Weg dahin ist unklarer denn je. Diese Vielstimmigkeit spielt den EU-Gegnern um SVP-Vizepräsident Christoph Blocher in die Hände. Sie können abwarten und auf Fehler der Gegenseite hoffen.

### Rossier: Nutzlose Formeln

Einer, der sich keinen Fehltritt leisten kann, ist Yves Rossier. Entsprechend vorsichtig agiert der Staatssekretär. Seine Aussagen legen immerhin offen, wie vertrackt die Situation ist. «Es braucht eine grundsätzliche, politische Entscheidung. Mathematik und technische Formeln helfen da nicht mehr weiter», sagt Rossier in Anspielung an die Idee seines Vorgängers Michael Ambühl, der EU eine Schutzklausel vorzuschlagen. Rossier spricht es nicht aus, doch zwischen den Zeilen ist klar: Das Volk muss nochmals abstimmen. Bilaterale Verträge oder Kontingente. Rossier prophesiert: «Es wird Enttäuschungen geben.»

KOMMENTAR RECHTS

### KOMMENTAR

## Nervöse Eliten

Auch wenn im Wahlkampf niemand davon sprechen mag: Das grösste Problem der Schweiz ist das angeschlagene Verhältnis zur EU. Das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative markiert einen Bruch. Nichts ist mehr, wie es war. Kontingente und Inländervorrang widersprechen der Personenfreizügigkeit. Ohne Lösung dieses Problems gibt es für die Schweiz nichts mehr zu holen.



von Stefan Schmid

Allein: Eine Lösung ist nicht in Sicht. Die EU will nicht verhandeln und der Bundesrat muss noch eine Weile so tun, als gäbe es dennoch Spielraum. Irgendjemand wird irgendwann weit nach den Wahlen dem Stimmvolk erklären müssen, dass es nochmals abstimmen muss. Bilaterale Verträge oder Kontingente für EU-Ausländer. Bis dann aber dauert die Ungewissheit an. Das ist natürlich nicht gut für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Und es macht die proeuropäischen Eliten nervös. Da wird gehirnt und geforscht, wie ein Weg aus der Sackgasse zu finden ist. Eine klare Richtung aber fehlt. Zwischen der Annullation der Abstimmung vom 9. Februar 2014 bis hin zum EWR II wird allerhand diskutiert. Eine kohärente Strategie und ein Leader, der diese verkörpert, sind nicht auszumachen.

Nervosität aber ist ein schlechter Ratgeber. Christoph Blocher hat die Freunde der Bilateralen mit der so geschickt wie heimtückisch formulierten Masseneinwanderungsinitiative überlistet. Der Angriff auf die Bilateralen war gut kaschiert. Umso mehr braucht es jetzt Ruhe und Übersicht. Die Gegner der Personenfreizügigkeit müssen zum Handeln gezwungen werden. Wenn Blocher das bilaterale Haus wirklich zertrümmern will, dann soll er eine entsprechende Initiative lancieren.

@ stefan.schmid@azmedien.ch

# Lieber gamen statt Sport treiben

## Kinder und Jugend Jugendliche machen heute 10 Prozent weniger Sport als 2008 - in den Verein gehen sie aber gleich oft

VON TIMON RICHNER

Auf den Fussballplätzen der Schulen dieses Landes ist das Treiben nicht mehr ganz so rege. Der gestern publizierte «Kinder- und Jugendbericht» des Bundesamtes für Sport (Baspo) zeigt: Schweizer Jugendliche machen zwar viel Sport, jedoch weniger als noch bei der letzten Befragung im Jahr 2008. Insgesamt sind 10- bis 19-Jährige im Vergleich zu vor sechs Jahren rund zehn Prozent weniger körperlich aktiv (siehe Infobox). Die Befragung zeigt aber auch, dass nicht der Sport im Verein oder im Schulsport, zum Beispiel Badmintonunterricht über den Mittag, zurückgeht. Viel mehr betrifft es den «ungebundenen Sport» - auf dem Pausenplatz, den Quartiersträsschen oder im Wald.

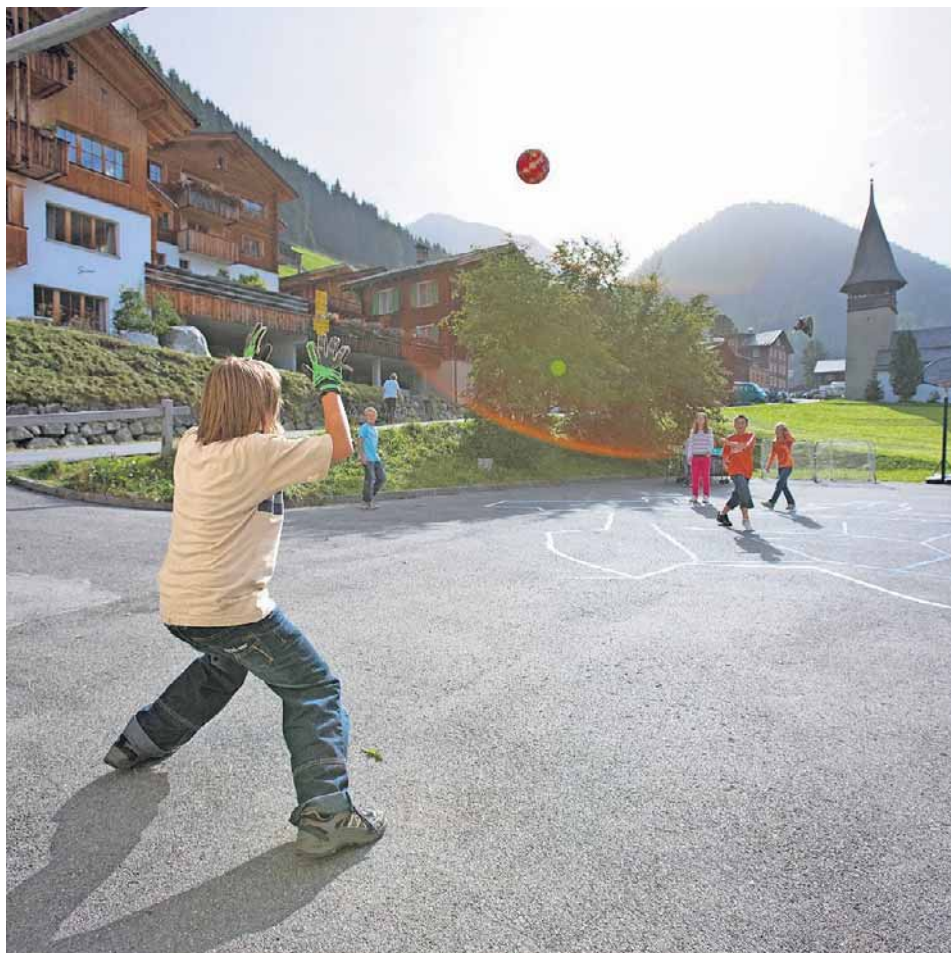
Die Gründe für diesen Rückgang sind vielschichtig. «Studien zeigen, dass Jugendliche deutlich mehr Zeit mit Computerspielen und sonstiger Mediennutzung verbringen als früher», sagt Matthias Remund, Direktor des Baspo. Tatsächlich warten heute zu Hause in vielen Stuben Spielkonsolen auf die Kinder. Games sind dramaturgisch ge-

### «Studien zeigen, dass Jugendliche deutlich mehr Zeit mit Computerspielen und sonstiger Mediennutzung verbringen als früher.»

Matthias Remund  
Direktor Bundesamt für Sport

schickt aufgebaut und diese Spannung schafft es, Gamer total in ihren Bann zu ziehen. Auch ein Smartphone besitzen junge Menschen heute immer früher, dort stehen den Kindern die Türen ins Internet, und somit in die sozialen Medien, offen. Die von den neuen digitalen Aktivitäten verschlungene Zeit, fehlt den Jugendlichen für Sport. Zu Hause warten Anreize, um früher wieder vom Pausenplatz zurückzukehren.

Einen weiteren Grund für den Rückgang sieht Matthias Remund darin, dass immer weniger Raum für Spiel und Spass zur Verfügung steht. Naturrasen-



Bald ein seltenes Bild? Kinder spielen auf dem Pausenplatz.

KEYSTONE

Fussballplätze werden in vielen Gemeinden so intensiv genutzt, dass der Platzwart diese sperren muss, wenn keine Mannschaften darauf trainieren. Andere Wiesen und Felder, die als Ausweichmöglichkeit dienen könnten, werden mit Siedlungen überbaut. Zum Raumproblem trägt auch der immer dichter werdende Verkehr bei. «Früher war es noch kein Problem, auf Quartiersträsschen zu spielen. Diese Möglichkeiten gehen zurück», sagt Remund weiter. Auch den Druck auf die Kinder und Jugendlichen in der Schule, gibt Remund als weiteren möglichen Grund an.

### Baspo will weiter unterstützen

Was macht das Bundesamt für Sport nun mit den Erkenntnissen? «An der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche ihre Freizeit je länger, desto mehr ohne

ungebundenen Sport verbringen wollen, können und wollen wir nichts ändern», bekräftigt Remund. Viel mehr will er die bestehenden Angebote weiter fördern. Neben finanzieller Unterstützung will Remund auch die Ausbildungen für Trainer und Leiter verbessern. Denn dem Trend zum Sport im Verein kann man auch Positives abgewinnen. Mit guter Ausbildung der Leiter kann man sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche die Sportarten von Grund auf korrekt lernen. So ist beispielsweise auch die Chance grösser, dass ein talentierter Junior entdeckt und gefördert werden kann.

Der Erfolg des Verein- und Schulsports birgt allerdings auch eine Gefahr. Je erfolgreicher diese Angebote sind, desto teurer werden sie für den Staat. «Klar, wir haben gut acht Millionen Bud-

get und wenn wir mehr Vereine und Sportlehrer, die Schulsport geben, unterstützen müssen, dann bleibt für alle ein bisschen weniger übrig», sagt Remund. Erst jüngst musste das Baspo aus genau diesem Grund bekannt geben, dass die Gelder für Jugend+Sport-Lager ab August um 25 Prozent gekürzt werden müssen. «Wir sind Opfer des eigenen Erfolgs geworden», liess sich das Baspo in einer Medienmitteilung Ende März zitieren. Remunds Plan, weiter in Vereine und Schulsport zu investieren, wird also auch davon abhängig sein, ob die Förderung des Jugendsports in den Budgets von Bund und Kantonen dementsprechend gewichtet wird.

### ERKENNTNISSE IN KÜRZE

#### Sport eher im Verein

■ Bei den 10- bis 14-Jährigen ging der Durchschnittswert der sportlichen Aktivitäten von 7,3 auf 6,6 Stunden zurück; bei den 15- bis 19-Jährigen von 6,1 auf 5,6 Stunden.

■ Nicht der Sport im Verein geht zurück, sondern der ungebundene auf dem Pausenplatz, dem Quartiersträsschen oder im Wald.

■ Der Sportunterricht und der freiwillige Schulsport motivieren zum ausserschulischen Sporttreiben.

■ Kinder auf dem Land treiben mehr Sport als die in der Stadt.

■ Die Sportbegeisterung der Eltern färbt auf die Kinder ab.

■ Jugendliche mit Migrationshintergrund treiben weniger Sport als Schweizer Jugendliche.

QUELLE: BASPO

## Neues Radio- und TV-Gesetz Jetzt krebst der Gewerbeverband zurück

VON ANTONIO FUMAGALLI

Zoff vor der Abstimmung über das neue Radio- und TV-Gesetz (RTVG): Der Schweizerische Gewerbeverband führt auf der offiziellen Nein-Homepage ein Komitee auf, dem über 700 Personen angehören. Dabei handelt es sich um den sogenannten 1000er-Club, der vor der Abstimmung zur 1:12-Initiative der Jusos gegründet wurde. Mehrere aufgelistete Personen bekämpfen die RTVG-Vorlage aber keineswegs, sie stehen sogar aktiv für ein Ja ein. Insbesondere Mitglieder der CVP warfen dem SGV in der Folge unlautere Machenschaften vor («Nordwestschweiz» vom Freitag).

Gewerbebandsdirektor Hans-Ulrich Bigler beteuerte, man habe das Komitee bereits vor Wochen angeschrieben. Wer nicht aufgeführt sein wolle, soll sich melden. Mehrere Mitglieder konnten sich daran allerdings nicht erinnern - und der SGV konnte das entsprechende Mail auf Nachfrage nicht vorlegen.

Doch nun krebst er offenbar zurück: In einem Rundmail an alle Mitglieder des 1000er-Clubs holt er nach, was er zuvor mutmasslich versäumtete. «Es liegt uns daran, dass auf unserer Kampagnenwebseite nur diejenigen Mitglieder aufgeführt sind, die uns auch tatsächlich mit Ihrem «Nein» unterstützen wollen. Sollte Ihr Name irrtümlich aufgeführt sein, bitten wir Sie um Ihre Meldung, damit wir die Angaben umgehend löschen können», heisst es im Schreiben, das der «Nordwestschweiz» vorliegt.



Braucht es mehr Schulsport? Stimmen Sie online ab!